

Land will beim Katzenschutz vorangehen

VORHABEN Niedersachsen plant Kastrationsverordnung – Viele streunende Tiere

VON CHRISTINA STICHT

CELLE/HANNOVER – Die neue niedersächsische Landesregierung will beim Thema Katzenschutz Akzente setzen. Hiervon zeugt auch ein Absatz im Koalitionsvertrag: „Die rot-grüne Koalition will eine Landesverordnung zur Katzenkastration einführen, sobald das Tierschutzgesetz des Bundes dieses zulässt.“ In diese Verordnung sollen Ergebnisse eines Pilotprojekts einfließen, das noch von CDU und FDP auf den Weg gebracht wurde. Die Tierschutzvereine im Land erhalten 100 000 Euro für zwei Jahre, um freilebende Katzen einzufangen und kastrieren zu lassen.

Auch die Vorsitzende des Landesverbands des Tierschutzbundes, Vera Steder, verspricht sich von Rot-Grün ein größeres Engagement. Eine landesweite Katzenschutzverordnung wäre das richtige Signal, sagt Steder. „Da werden wir drängen, dass das Versprechen auch eingehalten wird.“

Rund acht Millionen Katzen leben in deutschen Haushalten, etwa weitere zwei Millionen sind nach Schätzungen verwildert. Die herrenlosen



Nicht nur die angeschossene „Brigitta“ (Bild) spielt in den Plänen der Landesregierung eine Rolle: Der Katzenschutz soll eine stärkere Gewichtung erfahren.

BILD: DPA

Tiere können Krankheiten übertragen und Singvögel töten. Vielerorts in Niedersachsen sind die Tierheime mit schwer vermittelbaren Streunern überfüllt.

Die Tierrechtsorganisation

Peta appellierte am Donnerstag an alle Bundesländer, die Einführung einer Kastrations- und Registrierpflicht für Freigänger-Katzen in Privathaushalten vorzubereiten. Delmenhorst hatte 2010 als erste

niedersächsische Kommune ein Kastrationsgebot für Katzen eingeführt. Mittlerweile haben landesweit mehr als 150 Städte nachgezogen, laut Tierschutzbund so viele wie in keinem anderen Bundesland.